

Vorlage		Vorlage-Nr: E 26/0036/WP18
Federführende Dienststelle: E 26 - Gebäudemanagement		Status: öffentlich
Beteiligte Dienststelle/n:		Datum: 28.07.2021
		Verfasser/in: E 26/00
Räumliche Einheit für die Fachbereiche – Ratsantrag der CDU-Fraktion vom 12. Mai 2021 Antrag zur Tagesordnung der CDU-Fraktion vom 21.07.2021 zur Sitzung des PUVA am 26.08.2021		
Ziele: keine		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
26.08.2021	Personal- und Verwaltungsausschuss	Kenntnisnahme

Beschlussvorschlag:

Der Personal- und Verwaltungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen

	JA	NEIN	

Investive Auswirkungen	Ansatz 20xx	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx ff.	Gesamt- bedarf (alt)	Gesamt- bedarf (neu)
	Einzahlungen	0	0	0	0	0
Auszahlungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
<i>+ Verbesserung / - Verschlechterung</i>	<i>0</i>		<i>0</i>			
	Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden			

konsumtive Auswirkungen	Ansatz 20xx	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx ff.	Folge- kosten (alt)	Folge- kosten (neu)
	Ertrag	0	0	0	0	0
Personal-/ Sachaufwand	0	0	0	0	0	0
Abschreibungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
<i>+ Verbesserung / - Verschlechterung</i>	<i>0</i>		<i>0</i>			
	Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden			

Weitere Erläuterungen (bei Bedarf):

Klimarelevanz

Bedeutung der Maßnahme für den Klimaschutz/Bedeutung der Maßnahme für die Klimafolgenanpassung (in den freien Feldern ankreuzen)

Zur Relevanz der Maßnahme für den Klimaschutz

Die Maßnahme hat folgende Relevanz:

<i>keine</i>	<i>positiv</i>	<i>negativ</i>	<i>nicht eindeutig</i>
x			

Der Effekt auf die CO₂-Emissionen ist:

<i>gering</i>	<i>mittel</i>	<i>groß</i>	<i>nicht ermittelbar</i>

Zur Relevanz der Maßnahme für die Klimafolgenanpassung

Die Maßnahme hat folgende Relevanz:

<i>keine</i>	<i>positiv</i>	<i>negativ</i>	<i>nicht eindeutig</i>
x			

Größenordnung der Effekte

Wenn quantitative Auswirkungen ermittelbar sind, sind die Felder entsprechend anzukreuzen.

Die **CO₂-Einsparung** durch die Maßnahme ist (bei positiven Maßnahmen):

- gering unter 80 t / Jahr (0,1% des jährl. Einsparziels)
- mittel 80 t bis ca. 770 t / Jahr (0,1% bis 1% des jährl. Einsparziels)
- groß mehr als 770 t / Jahr (über 1% des jährl. Einsparziels)

Die **Erhöhung der CO₂-Emissionen** durch die Maßnahme ist (bei negativen Maßnahmen):

- gering unter 80 t / Jahr (0,1% des jährl. Einsparziels)
- mittel 80 bis ca. 770 t / Jahr (0,1% bis 1% des jährl. Einsparziels)
- groß mehr als 770 t / Jahr (über 1% des jährl. Einsparziels)

Eine Kompensation der zusätzlich entstehenden CO₂-Emissionen erfolgt:

- vollständig
- überwiegend (50% - 99%)
- teilweise (1% - 49 %)
- nicht
- nicht bekannt

Erläuterungen:

A) Erläuterungen

Mit o.g. Datum stellte die CDU-Fraktion den in der Anlage 1 beigefügten Antrag. Nachfolgend soll zur Beschlusslage „Gesamtkonzeption Verwaltungsstandorte“ aus 2017, den daraufhin bereits erfolgten Maßnahmen, der aktuellen Situation und weiteren Planung und Zeitschiene berichtet werden.

B) Ausgangssituation zur „Gesamtkonzeption Verwaltungsstandorte“ aus 2017

Mit Vorlage eines Gesamtkonzeptes zu den städtischen Verwaltungsstandorten wurden durch den Personal- und Verwaltungsausschuss in der Sitzung am 12.09.2017 nachfolgende Beschlüsse gefasst:

- Zeitnahe Aufgabe der Gebäude Adalbertsteinweg und Reumontstraße
- Schaffung von Ersatzflächen für diese beiden Gebäude im Rahmen des Projektes „Erweiterung des Verwaltungsgebäudes Lagerhausstraße“
- Zwischenanmietungen zur Überbrückung des Zeitraums bis zur Fertigstellung des Erweiterungsgebäudes Lagerhausstraße Ende 2022 / Anfang 2023
- Anmietung des Objektes Peterstraße 44
- Umbau der Kantine Mozartstraße

Die Aufgabe der Kasinostraße als Teil der Gesamtkonzeption wurde in 2017 noch nicht explizit beschlossen, ist jedoch perspektivisch nach erfolgter Realisierung eines Südausgangs am Hauptbahnhof vorgesehen.

Die Beschlüsse erfolgten seinerzeit mit den in der Vorlage dargestellten Zielsetzungen:

Aufgabe von sanierungsbedürftigen und nur mit zu hohem Aufwand zu ertüchtigenden Verwaltungsstandorten

Stärkere Zentralisierung von Verwaltungsstandorten

Zeitnahe Behebung von bestehenden räumlichen Engpässen

Im Nachgang zu dieser Beschlussfassung konnten nachfolgende Maßnahmen umgesetzt werden:

Umbau der Kantine Mozartstraße in einen OpenSpace - Bereich

Anmietung der Peterstraße für den FB 32

Anmietung der Blondelstraße für den FB 32

Anmietung der Sophienstraße für ein Sozialraumteam und den Schulpsychologischen Dienst

Anmietung der Aureliusstraße für Dez. V / Teile des FB 11

Durch diese Maßnahmen wurden die seinerzeit bestehenden räumlichen Engpässe behoben, dies schwerpunktmäßig bei den Gebäuden Lagerhausstraße, Adalbertsteinweg und Mozartstraße.

Zudem konnten neue Bürokonzepte (OpenSpace in der Mozartstraße) getestet werden.

Im vierten Quartal 2021 ist ein Umbau von Teilen des 8. Obergeschosses im Verwaltungsgebäude Lagerhausstraße zu einem weiteren OpenSpace- Bereich vorgesehen; im städtischen Haushalt 2021 wurden für diese Maßnahme 150.000 Euro bereitgestellt.

C) Zur aktuellen Situation der Verwaltungsstandorte und den zwischenzeitlich veränderten Rahmenbedingungen

1. Fertigstellung des Erweiterungsgebäudes Lagerhausstraße

Mit einer Fertigstellung ist nach aktuellem Kenntnisstand nicht wie ursprünglich avisiert Ende 2022 / Anfang 2023, sondern nicht vor Ende 2026 zu rechnen; auf die Vorlagen und Beschlüsse des Personal- und Verwaltungsausschuss am 29.04.2021 und des Planungsausschusses vom 06.05.2021 wird verwiesen.

Somit können die Standorte Reumontstraße, Adalbertsteinweg und die zwischenzeitlich angemietete Aureliusstraße nicht wie vorgesehen aufgegeben und die bestehende und nur als temporäre Lösung gedachte Aufteilung von Dez. V / FB 11 auf mehrere Standorte nicht planmäßig aufgehoben werden.

2. Aktuelle Raumsituation in den Verwaltungsgebäuden

Zahlreiche Stelleneinrichtungen seit der Beschlussfassung in 2017 haben dazu geführt, dass die Raumsituation in den Verwaltungsgebäuden erneut deutlich angespannt ist. Auch für die Folgejahre sind Stelleneinrichtungen in größerem Umfang vorgesehen.

Es bestehen aktuell Engpässe insbesondere in den Gebäuden Lagerhausstraße, Hackländerstraße, Katschhof und Kasinostraße. Diese werden sich mit den vorgesehenen Stelleneinrichtungen ab 2022 noch verschärfen.

Neben Dez. V / FB 11 und FB 20 ist zwischenzeitlich auch Call Aachen auf mehrere Standorte verteilt.

Es herrscht ein Mangel an Besprechungs-, Schulungs- und Sitzungsräumen; Sozialräume und Gesundheitsräume stehen nicht in jedem Gebäude zur Verfügung.

Mobile Arbeit / HomeOffice, „clean-desk-Prinzip“ sowie in der perspektivischen Entwicklung ggfs. frei zu wählende und zu buchende Arbeitsplätze werden zumindest nicht kurzfristig maßgeblichen Einfluss auf den Flächenbedarf nehmen; auf die gesonderte Vorlage zum Thema Homeoffice-Konzept wird verwiesen.

3. Sanierungsbedürftige Verwaltungsgebäude

Dazu zählen die Standorte Kasinostraße, Reumontstraße und Adalbertsteinweg, deren Aufgabe gemäß Gesamtkonzeption aus 2017 bereits vorgesehen ist.

An diesen Gebäuden werden somit im Wesentlichen nur zwingend erforderliche Maßnahmen durchgeführt.

Der Gesamt-Zustand der Gebäude Adalbertsteinweg und Reumontstraße hat sich seit 2017 nicht maßgeblich im Sinne einer Auswirkung auf die Nutzung verschlechtert: es wurden u.a. Renovierungen und Möblierungen vorgenommen, um die Rahmenbedingungen für die Mitarbeiter*Innen während der restlichen Nutzungsdauer zu verbessern.

Der bauliche Zustand der Kasinostraße hat sich zumindest in Teilbereichen des Gebäudes verschlechtert. Alle dringend notwendigen Arbeiten werden durchgeführt, tiefgreifende und umfassende Maßnahmen sind jedoch nicht mehr angezeigt und würden zudem erhebliche Beeinträchtigungen der beiden dort verorteten Fachbereiche auslösen.

Beim Gebäude Hackländerstraße ist eine Sanierung der abgängigen und derzeit nur gesicherten Turmfassade erforderlich. Es wird mit Blick auf die konkrete Maßnahmenplanung noch zu prüfen sein, ob eine temporäre Auslagerung der Nutzungen angezeigt ist.

Bei den übrigen Verwaltungsstandorten sind mittel- bis langfristig ein normaler Renovierungs- und Modernisierungsaufwand zu erwarten, u.a. beim Bestandsgebäude Lagerhausstraße ist perspektivisch bzw. langfristig eine Fassadensanierung / Modernisierung angezeigt.

D) Lösungsvorschläge / Sachstandsbericht

Aus den dargestellten Gründen werden seit März diesen Jahres Gespräche mit potentiellen Vermietern geführt, Besichtigungstermine wahrgenommen und insbesondere zeitnah verfügbare größere Standorte - temporär und/oder langfristig - sondiert.

Grundlage für die Überlegungen sind nach wie vor die bereits in 2017 dargestellten Zielsetzungen:

- Zeitnahe Aufgabe von sanierungsbedürftigen Verwaltungsstandorten
- Stärkere Zentralisierung von Verwaltungsstandorten
- Zeitnahe Behebung von bestehenden räumlichen Engpässen

Die im CDU-Antrag genannten Aspekte:

- Zusammenführung von Fachbereichen
- Überbrückung der Zeit bis zur Fertigstellung des Erweiterungsgebäudes Lagerhausstraße
- Wirtschaftlichkeitsvergleich mit eigenen städtischen Standorten

finden bei den aktuellen Prüfungen und Überlegungen Berücksichtigung.

Es liegen zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht alle erforderlichen Angaben - z.B. verbindlicher Zeitpunkt Verfügbarkeit, Flächen / Grundrisse, Konditionen - vor, die abschließende Prüfungen und Entscheidungsreife Vorschläge für die politischen Beschlussfassung ermöglichen. Es zeichnen sich jedoch tragfähige und bereits in 2022 umsetzbare Lösungen ab.

Es ist vorgesehen, ein aktualisiertes Gesamtkonzept in die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses am 07.10.2021, spätestens jedoch am 02.12.21 einzubringen und parallel die Aufnahme der zusätzlich erforderlichen finanziellen Mittel für Anmietungen für den Haushaltsplanentwurf 2022 vorzusehen.

Eine Personalratsbeteiligung wird frühzeitig und prozessbegleitend stattfinden.

Anlage/n:

- Anlage 1 Ratsantrag (139/18) der CDU v. 12.05.2021 - Räumliche Einheit für die Fachbereiche
Anlage 2 Antrag zur Tagesordnung der CDU-Fraktion vom 21.07.2021 zur Sitzung des Personal- u. Verwaltungsausschusses am 26.08.2021

**CDU**FRAKTION IM RAT
DER STADT AACHEN

CDU-Fraktion im Rat der Stadt – 52058 Aachen

An die
Oberbürgermeisterin der Stadt Aachen
Frau Sibylle Keupen
Rathaus
52058 Aachen

Eingang bei FB 01

12. Mai 2021

Nr. 139/18

Geschäftsstelle:
Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen
Raum 111

Telefon 0241 / 432 7211
Fax 0241 / 432 7222
cdu.fraktion@mail.aachen.de
www.cdu-fraktion-aachen.de

CDU 21.038

Aachen, den 12.05.2021

RATSANTRAG**Räumliche Einheit für die Fachbereiche**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Aachen beantragt im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, inwiefern Räumlichkeiten zur zentralen Unterbringung der Mitarbeitenden eines jeden Fachbereichs angemietet werden können. Dabei ist der Personalrat als Interessenvertretung der Mitarbeitenden miteinzubeziehen.

Begründung

Derzeit kommt es vor, dass Mitarbeitende des gleichen Fachbereichs der Aachener Stadtverwaltung an verschiedenen Orten untergebracht sind. Dies birgt einerseits die Gefahr, dass Arbeitsabläufe innerhalb des Fachbereichs negativ beeinflusst werden. Darüber hinaus weisen die verschiedenen Arbeitsstätten deutliche Qualitätsunterschiede auf. Dies könnte langfristig das Betriebsklima beeinträchtigen.

Eine derzeit diskutierte Lösung ist der Neubau eines Verwaltungsgebäudes an der Lagerhausstraße. Dessen Fertigstellung würde jedoch frühestens Ende 2026 erfolgen, sodass die oben geschilderte Problematik noch über Jahre bestehen würde und insbesondere die Verwaltungseinheiten am Adalbertsteinweg, in der Reumontstraße, in der Habsburgerallee

sowie in der Kasinostraße betroffen würde, sodass sie über viele weitere Jahre in suboptimalen Gebäuden und teilweise dezentral untergebracht wären.

Durch die weitere Anmietung von Räumlichkeiten (z.B. im Umfeld der Aureliusstraße oder freiwerdender Objekte in Nähe des Aachener Marktes) kann die Schaffung einer räumlichen Einheit der Fachbereiche in verhältnismäßig kurzer Zeit erreicht werden. Zudem können im Rahmen der beantragten Prüfung mögliche Kostenersparnisse durch Anmietung im Vergleich zum Eigenbetrieb von Arbeitsstätten der Verwaltung eruiert werden.

Um den Bedürfnissen der Mitarbeitenden in möglichst großen Umfang gerecht zu werden, ist die Einbeziehung des Personalrats als Interessenvertretung der Mitarbeitenden unerlässlich.

Mit freundlichen Grüßen



Iris Lürken

Fraktionsvorsitzende



CDU FRAKTION IM RAT
DER STADT AACHEN

CDU-Fraktion im Rat der Stadt – 52058 Aachen

An die Vorsitzende
des Personal- und Verwaltungsausschusses
Frau Annika Fohn
Rathaus
52058 Aachen

Geschäftsstelle:
Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen
Raum 111

Telefon 0241 / 432 7211
Fax 0241 / 432 7222
cdu.fraktion@mail.aachen.de
www.cdu-fraktion-aachen.de

CDU 21.051 TO

Aachen, den 21.07.2021

TAGESORDNUNGSANTRAG

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Aachen beantragt für die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses am 26. August 2021 folgenden Tagesordnungspunkt vorzusehen:

Räumliche Einheit für die Fachbereiche (Ratsantrag der CDU-Fraktion vom 12. Mai 2021)

Mit freundlichen Grüßen

Elke Eschweiler
Sprecherin im Personal-
und Verwaltungsausschuss